

Große Anfrage

der Abgeordneten Dr. Dorothee Wilms, Dr. Volkmar Köhler (Wolfsburg), Karl Lamers, Dr. Wolfgang Freiherr von Stetten, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Ulrich Irmer, Gerhard Schüßler, Dieter-Julius Cronenberg (Arnsberg), Wolfgang Mischnick, Gerhart Rudolf Baum, Marita Sehn, Arno Schmidt (Dresden), Dr. Bruno Menzel, Dr. Sigrid Semper, Dr. Margret Funke-Schmitt-Rink, Jörg van Essen, Dr. Olaf Feldmann und der Fraktion der F.D.P.

Das Bild des vereinten Deutschland als Kulturnation in einer sich wandelnden Welt

Stellung und Ansehen des vereinten Deutschland in der Welt hängen nicht nur von seinem politischen Gewicht und seiner wirtschaftlichen Leistungskraft ab, sondern mindestens ebenso von seiner kulturellen Ausstrahlung. Deutschland solle weltweit auch als Kulturnation seine Rolle spielen und als solche wahrgenommen und geschätzt werden.

Der Deutsche Bundestag hat selbst oder durch Entschließungen des Auswärtigen Ausschusses und des Unterausschusses für Auswärtige Kulturpolitik bzw. des früheren Unterausschusses für Rundfunkfragen bei verschiedenen Gelegenheiten auf die Bedeutung der Auswärtigen Kulturpolitik und in Sonderheit auf die Förderung der deutschen Sprache hingewiesen (z. B. zum Kulturetat des Auswärtigen Amtes, zur Arbeit der verschiedenen Mittlerorganisationen, zur Verbreitung der deutschen Sprache im Ausland u. v. m.).

Im Zusammenwirken mit dem Auswärtigen Ausschuß hat sich der Innenausschuß der Probleme der deutschen Minderheiten im östlichen Europa besonders angenommen. Der Unterausschuß „Kunst und Kultur“ des Innenausschusses hat sich wiederholt mit den Fragen der europäischen Kulturpolitik befaßt.

Diese Große Anfrage will klären, inwieweit die Auswärtige Kulturpolitik angesichts der durch die deutsche Vereinigung und den Zusammenbruch der kommunistischen Systeme veränderten politischen Situation in Europa und der Entwicklungen in der übrigen Welt der Aufgabe gerecht wird, Deutschland als Kulturnation weltweit zu vermitteln.

Wir fragen deshalb die Bundesregierung:

I. Grundsätze und Ziele der Auswärtigen Kulturpolitik nach Wiederherstellung der deutschen Einheit

- a) Von welchen Grundüberlegungen und Zielen läßt sich die Bundesregierung bei ihrer Auswärtigen Kulturpolitik nach der Herstellung der deutschen Einheit und dem Umbruch in Mittel- und Osteuropa (MOE) leiten?

Inwieweit gelten auch unter den neuen Bedingungen noch die Aussagen der Stellungnahme der Bundesregierung zum Bericht der Enquete-Kommission „Auswärtige Kulturpolitik“ des Deutschen Bundestages (Drucksachen 7/4121, 8/927)?

- b) Was tut die Bundesregierung, um drei Jahre nach der Vereinigung die Deutschen nun in ihrer nationalen Einheit und kulturellen Vielfalt im Ausland umfassend darzustellen?

- c) Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß kulturelle Sachverhalte und Prozesse in Deutschland im Ausland immer sachgerecht und ausgewogen dargestellt werden?

Welche Bemühungen wurden in dieser Hinsicht unternommen?

- d) Welchen Stellenwert hat für die Bundesregierung die Auswärtige Kulturpolitik heute angesichts der wachsenden anderen Verpflichtungen etwa beim Wiederaufbau in MOE oder in der Entwicklungshilfe?

- e) Welche Verpflichtungen der früheren DDR hat die Bundesregierung auf dem Gebiet der Auswärtigen Kulturpolitik übernommen?

Welche Institutionen und Programme der Auswärtigen Kulturpolitik der DDR wurden nicht fortgeführt?

Wie begründet die Bundesregierung die jeweilige Fortführung bzw. Nichtfortführung?

- f) Was unternimmt die Bundesregierung, um die Bürger und Institutionen in den neuen Bundesländern in die Auswärtige Kulturpolitik der Bundesrepublik Deutschland einzubeziehen?

Ist die Bundesregierung mit uns der Meinung, daß aufgrund des offensichtlichen Nachholbedarfs Sonderprogramme für Bürger und Institutionen aus den neuen Bundesländern im Rahmen der Auswärtigen Kulturpolitik erforderlich sind [siehe hierzu auch III.c)]?

- g) Welche Anstrengungen unternimmt die Bundesregierung auf dem Gebiet der Auswärtigen Kulturpolitik, um das Gespräch zwischen den Religionen weltweit zu fördern?

II. Die Schlüsselfunktion der deutschen Sprache und die Aufgaben der Auswärtigen Kulturpolitik

- a) Die Förderung der deutschen Sprache war seit jeher ein zentrales Anliegen deutscher Auswärtiger Kulturpolitik. Nach der deutschen Vereinigung war der Stellenwert dieses Anliegens sowohl welt- wie europaweit neu zu überdenken.
- Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung seitdem hinsichtlich der Bedeutung, der Chancen und der Wirkung der deutschen Sprache im Ausland gewonnen?
 - Welche Bedeutung hat nach Meinung der Bundesregierung die deutsche Sprache generell für die kulturelle Identität Deutschlands?
 - Was unternimmt die Bundesregierung, um die wachsende Nachfrage nach Deutschunterricht als Chance zu nutzen?
 - Welche Bedeutung mißt die Bundesregierung der Stellung der deutschen Sprache in internationalen Organisationen bei?
- Ist die Bundesregierung der Meinung, daß der deutschen Sprache dort de facto ein stärkeres Gewicht zukommen sollte?
- b) Das Auslandsschulwesen stand am Anfang der deutschen Auswärtigen Kulturpolitik.
- Welchen Stellenwert mißt die Bundesregierung dem Auslandsschulwesen heute innerhalb der Auswärtigen Kulturpolitik bei?
 - Wie wird die Bundesregierung auf die Wünsche nach Gründung deutscher Schulen in Ländern Mittel- und Osteuropas reagieren?
- Welche Struktur und Organisationsform sollen neu zu gründende deutsche Schulen in MOE nach Meinung der Bundesregierung haben?
- Kann die mittelfristige Finanzplanung so gestaltet werden, daß die Gründung und Ausstattung einer ausreichenden Zahl deutscher Schulen in MOE und die Erfüllung der größer und umfangreicher gewordenen Aufgaben der deutschen Auslandsschulen möglich wird?
- c) Wissenschaft und Hochschulbildung sind Schlüsselbereiche für das Funktionieren moderner Gesellschaften.
- Welche Anstrengungen unternimmt die Bundesregierung, um den Austausch und die Kooperation im Bereich der Wissenschaften und der Hochschulbildung ihrer Bedeutung entsprechend zu fördern?
 - Teilt die Bundesregierung unsere Auffassung von der Notwendigkeit, den Auf- und Ausbau von deutschen Abteilungen („Germanistik“) an Hochschulen in MOE

voranzutreiben, und wie sehen ihre Möglichkeiten dazu aus – auch über den Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) hinaus?

- Ist die Bundesregierung mit uns der Meinung, daß die Kooperation mit Wissenschaftlern aus Mittelost- und Osteuropa sowie der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) zur Stabilisierung in sicherheitsrelevanten Bereichen beiträgt und daher angemessen zu fördern ist?
- Was unternimmt die Bundesregierung im Bereich von Aus- und Weiterbildung, insbesondere in Mittel- und Osteuropa sowie der GUS?
- Welche Bedeutung mißt die Bundesregierung den deutschen Forschungseinrichtungen im Ausland bei?

d) Beim Übergang von der Industrie- zur Informationsgesellschaft nehmen die Medien zentrale Bedeutung ein.

- Wie schätzt die Bundesregierung die Bedeutung der Medien für die grenzüberschreitende kulturelle Information ein?
- Mit welchen Programmen und Maßnahmen versucht die Bundesregierung, die elektronischen Medien im Bereich der Auswärtigen Kulturpolitik einzusetzen?

Welche Rolle spielt der Film dabei?

- Welche Bedeutung kommt nach Meinung der Bundesregierung dem Medium „Buch“ in der Auswärtigen Kulturpolitik heute noch zu?

Welche Bedeutung haben die übrigen Printmedien wie z. B. Wochenzeitungen und Zeitschriften?

- Welche Erfahrungen wurden bisher mit dem Deutsche Welle-Fernsehen gemacht, das seit April 1992 ausgestrahlt wird?

Hierbei sind auch Erfahrungen von vergleichbaren europäischen Anstalten mit heranzuziehen.

- Welche Erfahrungen sind bisher mit den europäischen Fernseh-Kulturkanälen (z. B. ARTE) gemacht worden?

Ist daran gedacht, die Verantwortlichkeit dafür, angesichts der wachsenden Bedeutung dieser neuen Form auswärtiger Kulturpolitik, innerhalb der Bundesregierung neu zu ordnen?

e) Welche Rolle spielt nach Meinung der Bundesregierung der grenzüberschreitende Personenaustausch bei Aus- und Weiterbildung, Schul- und Jugendarbeit und im akademischen Bereich?

Wie sieht die Bundesregierung die mittelfristige Entwicklung des Stipendienwesens hierbei?

III. Regionale Schwerpunkte

a) Seit der politischen Öffnung in Mittel- und Osteuropa und angesichts dadurch entstehender Bewußtseinsveränderungen hat die Bundesregierung neue und wesentlich verbesserte Möglichkeiten erhalten, sich für die Belange der deutschen Minderheiten einzusetzen und sie zu fördern.

- Welche Minderheiten und Volksgruppen stehen im Vordergrund solcher Bemühungen?
- Welche Grundsätze leiten die Bundesregierung in ihren Maßnahmen?
- Durch welche Programme und Projekte hat die Bundesregierung auf die Bedürfnisse der Minderheiten eingehen können?
- Welche Ergebnisse sind bisher zu verzeichnen, und welche Ziele hat die Bundesregierung sich für die nächsten Jahre hierbei gesteckt?

Wie sieht sie die kulturelle Lage deutscher Minderheiten im Ausland für die Zukunft?

- Teilt die Bundesregierung unsere Auffassung, daß durch die Förderung kultureller Aktivitäten der Aussiedlungsdruck gesenkt werden kann?

b) Mit dem Ende des Ost-West-Konflikts ergeben sich neue Chancen zur kulturellen Zusammenarbeit mit den Ländern Mittel- und Osteuropas und der GUS.

- Was unternimmt die Bundesregierung, um die sich bietenden Chancen zur kulturellen Zusammenarbeit mit diesen Ländern zu nutzen?
- Welche Schwerpunkte setzt die Bundesregierung bei der Zusammenarbeit in diesem Bereich?
- Ist sichergestellt, daß neue Programme und Projekte in dieser Region nicht zu Kürzungen in anderen Regionen führen?

c) Westeuropa und Nordamerika waren über 40 Jahre und bleiben auch in Zukunft wichtigste Partner für das demokratische, pluralistische und freiheitlich verfaßte Deutschland.

- Wie drückt sich dies auch nach der deutschen Vereinigung in den kulturellen Beziehungen aus?
- Welche Maßnahmen haben den kulturellen Dialog in diesen Beziehungen bestimmt?
- Welche Pläne und Erwartungen hat die Bundesregierung angesichts der Tatsache, daß überall eine junge Generation herangewachsen ist, die nicht mehr durch Kriegs- und Nachkriegszeit geprägt ist und oft andere Lebensvorstellungen als ihre Väter hat?
- Ist die Bundesregierung mit uns der Ansicht, daß aufgrund der verschiedenartigen Vergangenheit gerade in

diesem Bereich die Notwendigkeit von Sonderprogrammen für die neuen Bundesländer besteht?

- d) Die Nord-Süd-Beziehungen haben außer politisch-wirtschaftlicher Bedeutung gewichtige kulturelle Komponenten.
- Mit welchen Maßnahmen trägt die Bundesregierung dem Rechnung?
 - Wie stellt sie sicher, daß die neuen Herausforderungen, die die deutsche Vereinigung auch im außerkulturellen Bereich und die Intensivierung unserer Beziehungen zu den neuen Partnern in MOE mit sich bringen, den kulturpolitischen Dialog und Austausch im Nord-Süd-Verhältnis nicht beeinträchtigen?
 - Gibt es Anhaltspunkte dafür, daß hier Stagnation nicht eintritt?
- Ist der Bundesregierung bewußt, daß weltweit gerade wegen der Vereinigung Deutschlands erhöhte Erwartungen an uns herangetragen werden?
- e) Angesichts bedeutender Entwicklungen in Asien auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet bedürfen die Beziehungen zu den Staaten dieses Kontinents auch auf kulturellem Gebiet sorgfältiger Pflege. Was hat die Bundesregierung getan, um den Dialog auch dort zu entwickeln?
- Welche zukünftigen Maßnahmen sind geplant?
- f) Die ermutigende Entwicklung in Südafrika hat auch Konsequenzen hinsichtlich der Auswärtigen Kulturpolitik.
- Beabsichtigt die Bundesregierung, das ruhende und nicht gekündigte Kulturabkommen mit Südafrika in die kulturelle Politik einzubeziehen?
 - Welche konkreten Entwicklungen zeichnen sich ab?
- g) Einigung und fortschreitende Integration Europas sollten auch eine kulturelle Dimension haben. Lange und tiefe kulturelle Traditionen zeichnen das Profil unseres Kontinents vor sich selbst und vor anderen.
- Welche Entwicklungen hat die Bundesregierung mitgetragen und mitbestimmt, um gerade im Bereich der Kultur Einheit und nötige Bewahrung der Vielfalt in Einklang miteinander zu bringen?
 - Wie beurteilt die Bundesregierung die Auswirkungen des europäischen Binnenmarktes und des Kulturartikels im Vertrag über die Europäische Union von Maastricht (Artikel 128)?
 - Wie wird gewährleistet, daß deutsche Kulturtraditionen gebührend gewahrt und geachtet bleiben?
 - Welche Maßnahmen gelten der Erhaltung des Kulturerbes der Europäer und Deutschlands?

h) Zu den ungelösten Folgeproblemen des Zweiten Weltkrieges gehört die Rückführung kriegsbedingt verlagelter Kulturgüter.

- Welche Bedeutung haben Vereinbarungen, die zur Rückführung kriegsbedingt verlagerten und noch immer nicht zurückgegebenen Kulturgutes mit den verschiedenen Ländern getroffen wurden?
- Welche Ergebnisse sind bislang überhaupt erreicht worden?
- Wie schätzt die Bundesregierung die Aussichten ein, in absehbarer Zeit zu konkreten Ergebnissen zu kommen?

IV. Finanzielle Mittel und Organisation im Lichte gewachsener Aufgaben

a) Die Aufgabe, Deutschland in der Welt auch als Kulturnation darzustellen sowie Dialog und Zusammenarbeit in der Auswärtigen Kulturpolitik zu intensivieren, erfordert die Bereitstellung entsprechender Haushaltsmittel.

- Welche Haushaltsmittel konnten insgesamt in den vergangenen fünf Jahren für die Auswärtige Kulturpolitik eingesetzt werden?

Sieht die Bundesregierung ihre derzeitigen finanziellen Anstrengungen für die Auswärtige Kulturpolitik als ausreichend an?

- Inwieweit wurden zusätzliche Haushaltsmittel für die neuen Aufgaben der Auswärtigen Kulturpolitik in Mittel- und Osteuropa sowie der GUS und für die Einbeziehung der neuen Bundesländer in die Auswärtige Kulturpolitik bereitgestellt?
- Welche Haltung nimmt die Bundesregierung ein in bezug auf die Finanzierung von Aufgaben der Auswärtigen Kulturpolitik durch private Stiftungen/Unternehmen/Organisationen?

b) Auswärtige Kulturpolitik ist Kompetenz des Bundes. Angesichts der innerstaatlichen Kompetenzen der Länder und Kommunen auf dem Gebiet der Kultur hängt die Effizienz, z. B. der schulischen Auslandsarbeit, im gemeinsamen Interesse von Bund, Ländern und Kommunen von einer sachgerechten und guten Zusammenarbeit aller Beteiligten ab.

- Welche Foren und Instrumente der Zusammenarbeit bestimmen das Verhältnis?
- Hat es seit der deutschen Vereinigung neue Vereinbarungen gegeben, die Auswirkungen auf die Auswärtige Kulturpolitik haben?
- Welche Beiträge leisten die Länder und Kommunen zu Aufgaben der Auswärtigen Kulturpolitik?
- Wie bewertet die Bundesregierung die Zusammenarbeit insgesamt?

c) Aufgaben der Auswärtigen Kulturpolitik werden in weitem Maße Mittlerorganisationen übertragen.

- Hat sich dieses Prinzip auch im Lichte der Erfahrungen mit der deutschen Vereinigung bewährt?
- Welche besonderen Aufgaben haben die Mittlerorganisationen hier übernommen, und wie bewertet die Bundesregierung die bisherigen Ergebnisse dieser Arbeit?
- Welche Verantwortlichkeiten ergeben sich für die Veranstaltungen der Mittlerorganisationen?
- Gibt es für die Mittlerorganisationen neue Akzente ihrer Arbeit aufgrund der veränderten Situation in Deutschland und Europa, und steht die Bundesregierung darüber mit ihnen im Dialog?
- Ist im Bereich der Mittlerorganisationen beabsichtigt, durch Schließung oder Verkleinerung von Einrichtungen Kapazitäten für MOE und GUS freierwerden zu lassen?
- Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß das von allen Fraktionen des Deutschen Bundestages bejahte Prinzip des Pluralismus in der Vermittlung deutscher Kultur durch Mittlerorganisationen stets gewahrt wird?

Wie stellt die Bundesregierung sicher, daß herausgehobene Veranstaltungen der Mittlerorganisationen die Vielfalt im deutschen Kulturleben widerspiegeln?

V. *Kulturelle Betreuung vorübergehend in Deutschland lebender ausländischer Mitbürger*

a) Aus welchen Herkunftsländern stammen die ausländischen Mitbürger, die nur für begrenzte Zeit in Deutschland leben, wohnen und arbeiten?

Wie stark sind die einzelnen Nationalitäten vertreten?

b) Welche Bedeutung mißt die Bundesregierung der kulturellen Betreuung jener ausländischen Mitbürger bei, die nach zeitlich begrenztem Aufenthalt in ihre Heimatländer zurückkehren?

c) Hält die Bundesregierung eine verstärkte kulturelle Betreuung dieser Personengruppe für geboten?

Wenn ja, welche Maßnahmen sind in diesem Zusammenhang vorgesehen?

Bonn, den 1. Juni 1993

Dr. Dorothee Wilms
Dr. Volkmar Köhler (Wolfsburg)
Karl Lamers
Dr. Wolfgang Freiherr von Stetten
Hans-Dirk Bierling
Wolfgang Börnsen (Bönstrup)
Hartmut Büttner (Schönebeck)
Erich G. Fritz
Dr. h.c. Adolf Herkenrath
Georg Janovsky
Karin Jeltsch
Dr. Egon Jüttner
Dr. Harald Kahl
Dr.-Ing. Dietmar Kansy
Hartmut Koschyk
Dr. Rudolf Karl Krause (Bonese)
Franz Heinrich Krey
Editha Limbach
Erich Maaß (Wilhelmshaven)
Dr. Dietrich Mahlo
Erwin Marschewski
Alfons Müller (Wesseling)
Johannes Nitsch
Dr. Rolf Olderog
Friedhelm Ost
Eduard Oswald
Hans-Wilhelm Pesch
Dr. Klaus Rose

Kurt J. Rossmanith
Helmut Sauer (Salzgitter)
Roland Sauer (Stuttgart)
Heinz Schemken
Dr.-Ing. Joachim Schmidt (Halsbrücke)
Dr. Harald Schreiber
Wilfried Seibel
Dr. Hans Stercken
Alois Graf von Waldburg-Zeil
Dr. Roswitha Wisniewski
Simon Wittmann (Tännesberg)
Michael Wonneberger
Dr. Wolfgang Schäuble, Michael Glos und Fraktion

Ulrich Irmer
Gerhard Schüßler
Dieter-Julius Cronenberg (Arnsberg)
Wolfgang Mischnick
Gerhart Rudolf Baum
Marita Sehn
Arno Schmidt (Dresden)
Dr. Bruno Menzel
Dr. Sigrid Semper
Dr. Margret Funke-Schmitt-Rink
Jörg van Essen
Dr. Olaf Feldmann
Dr. Hermann Otto Solms und Fraktion

